

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-66281](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-66281)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal — Dienstags, Donnerstags und Sonnabends — in 1/2 Bogei groß Quart-Format. Der Voranbezahlungspreis beträgt für das Quartal 48 Grol. — Auswärtige Bestellungen übernehme alle Poststationen; besitze die Redaction und die Buchdrucker von G. Kleser, Hänenstraße 44. werden die Zeit oder deren Raum mit 4 Grolen bezahlt. **Anzeigen**

IX. Jahrgang.

Donnerstag, den 29. April 1852.

№ 49.

Deutschland.

Oldenburg, 26. April. Der Hamburger Correspondent enthält einen Artikel über den Septembervertrag, in welchem es heißt: Die Möglichkeit, dem Vertrage ein Hinderniß entgegen zu setzen, dadurch, daß die Oldenburgischen Stände ihre Zustimmung versagten, erregt um so mehr die gespanntesten Erwartungen, als der ganze Norden Deutschlands durch den Anschluß leiden wird. Es steht jedoch zu bezweifeln, daß die Oldenburgischen Stände mehr Muth (1) als die hannoverschen zeigen werden. Unan ist der Welt Lohn! Zweifelt man in Hamburg an dem Muth unseres Landtags, der doch so muthig revidirt wie Giner?

Bremen, 24. April. Nachdem die Absetzung Dulon's vom Senate definitiv ausgesprochen worden, ist eine Anzahl von Männern, die keineswegs alle die politischen und religiösen Ansichten Dulon's theilen, aber die feste, treue Ueberzeugung ehren, für welche der Pastor U. L. Frauen mit seiner Familie seiner Existenzmittel beraubt worden, aufgetreten, um diese wenigstens demselben nach Kräften zu sichern. Es sind die Hrn. J. G. Albers, Th. Bastian, Reich. Bäderer, Ferd. Brüny, Heiar. Budelmann, S. C. W. Effenhardt, Louis Franke, D. G. Himmelmann, Bernh. Kreyenberg, S. L. Rogge, A. C. Stobmann, A. Strengraf, S. Walsjen, C. G. Wischmann, welche eine Aufforderung zur Bildung eines Dulon-Fonds erlassen, für welchen sie auf die Unterstützung zahlreicher Menschenfreunde, nahe und ferne, rechnen.

Zu Jacobi's Heldenthat, der Versiegelung der Pressen des demokratischen „Bremser Volksfreundes“, hat nach der N. Br. Ztg. wahrscheinlich ein Artikel dieses Blattes, über die jetzige Stellung der Demokratie in Bremen, die Veranlassung gegeben. Es sei darin, sagt die N. Br. Ztg., das Verfahren der Linken der früheren Bürgerschaft, vertheidigt und der passive Widerstand der Demokratie als eine glorreiche Heldenthat dargestellt. Der Geist des ganzen Artikels werde durch den Schluß bezeichnet, der wörtlich folgendermaßen lautet: „Man müßte allen Glauben an menschliche und göttliche Gerechtigkeit, verloren und die Erfahrung einer 3000-jährigen Geschichte unbenutzt gelassen haben, wollte man den Sieg der rohen Gewalt über das Recht ewig wägen. Gerade jetzt, wo das Rad der Ereignisse still zu stehen scheint, entwickelt die Geschichte sich mit Riesenschritten. Die vier Jahre von 1848—52 haben das politische Volksbewußtsein rascher umgestaltet, als drei Jahrhunderte vorher, und die Früchte eines so üppigen

Völkerfrühlings, den einige kalte Aprilschauer nicht niederhalten können, werden nicht lange auf sich warten lassen. Geben wir darum Acht, daß wir sie mit reinen Händen pflücken!“ Und darum die Pressen versiegelt, und von Bundes wegen! Wir möchten fragen: ist der Jacobi in Bremen der hannoversche General-Major oder der ehemalige constitutionelle Minister?

Hannover, 26. April. Das Berliner „Corr. Bur.“ schreibt: Was den Anschluß Bremens an den Septembervertrag betrifft, so haben die Vorgänge in den Verhältnissen jener Stadt das Zustandekommen eines definitiven Beschlusses des Senates noch verschoben. Doch ist man mehrfach thätig, die Beschleunigung des Anschlusses zu bewirken und glaubt man, daß desfallige Verachtungen mit zu den Hauptaufgaben des neuen legislativen Körpers der freien Stadt gehören werden.

Braunschweig, 26. April. Der Herzog ist nicht, wie es neulich hieß, ein Bißchen nach Venedig gereist, sondern ist bis jetzt noch im Lande bei seinen getreuen Unterthanen geblieben und hat gestern seinen Geburtstag hier festlich begangen. Der König von Hannover, der Großherzog (ist wohl ein Irrthum) und der Erbprinz von Oldenburg, der Fürst Radziwiłł u. c. waren hier angekommen und zur Mittags- oder Nachmittagsstafel (5 Uhr) zugezogen. Im Theater wurde bei festlich erleuchteter Halle zum Besten der Armen eine Vorstellung gegeben. Die glücklichen

Kiel, 23. April. Auch die Universität Schleswig-Holsteins, die geistige Pflanzschule des Schleswig-Holsteinismus, wird nun angefaßt. Wie die W. G. hört, sind die von der Statthaltererschaft angestellten Professoren Samwer und v. Alkenron, der französische Lector Schwob und der Actuar Brackel in Neumünster ihrer Functionen enthoben.

— 24. April. Nach hier eingetroffenen Privatbriefen hat ein Theil der früheren Officiere der schleswig-holsteinischen Armee, welche in brasilianische Dienste getreten waren, die dort eingegangenen Verhältnisse wieder gelöst und wieder nach Europa zurückkehren. Es befindet sich darunter namentlich der Oberlieutenant v. d. Heyde.

Königsberg. Hier hob die Polizei am zweiten Otertage mehre Zusammenkünfte von Mitgliedern der freien Gemeinde auf; darunter eine aus sechs Damen bestehende Caffeegesellschaft.

— 23. April. So eben höre ich, daß Rupp aus der hiesigen Freimaurerloge (stricter

Observanz) ausgeschlossen ist. Die Details dürften bei der Verschwiegenheit der Mitglieder schwer zu erfahren sein; jedoch scheint Rupp's angebliches Nichtchristenthum mit den Statuten der Loge in einen unter den heutigen Verhältnissen stark accentuirten Conflict gerathen zu sein.

Dresden, 22. April. Der Abicht, den Geburtstag des Königs zu einem allgemeinen Volksfeste zu machen, scheint vom Volke nicht recht entsprechen zu werden. Der pädagogische Verein in Dresden hat seine jährliche Frühlingsfeier für diesmal auf den 18. Mai, den Geburtstag des Königs, festgesetzt und dies schon Anfangs März bekannt gemacht. Zugleich laßt er alle Handwerks-Innungen zu feierlichen Zügen mit Fahnen und andern Gepränge vor den Majestäten vorüber ein. Als aber nach 4 Wochen von allen Innungen nur eine und diese ablehnend geantwortet hatte, wurde auf den 15. April eine Versammlung sammtlicher Innungsältesten zusammenberufen, die nach lebhafter Debatte mit circa 200 Stimmen gegen 9 beschloß, sich an dem vorgeschlagenen Feste nicht zu betheiligen.

Gotha, 22. April. Unsere Abgeordnetenversammlung ist heute feierlich von dem Staatsminister v. Seebach im Auftrage des, noch in Karlsruhe bei seinem kranken Schwiegervater weilenden Herzogs eröffnet worden. Nachdem die verschiedenen Gesetzentwürfe, worunter auch eine wegen Verbesserung des Zustandes der arbeitenden Classen, angekündigt worden, verbreitete sich der Staatsminister über die beiden wichtigsten Vorlagen: die über die Vereinigung beider Herzogthümer in Gesetzgebung und Verwaltung und die Revision des Staatsgrundgesetzes von 1849. Letztere, bemerkte er, sei in den engsten Grenzen gehalten, während die Unionsvorlage nur den Zweck habe, Das, was bereits factisch in vielen Stücken schon existire, vollständig und gesetzlich zu regeln. Der Regierung sei Alles daran gelegen gewesen, die Bundesintervention zu vermeiden, und darum habe sie an das Volk selbst durch Auflösung der letzten Abgeordnetenversammlung und Anordnung neuer Wahlen appellirt. Diese Berufung sei, nach dem Resultate der Wahlen zu urtheilen, auch von dem besten Erfolge gewesen, und so hoffe die Regierung diesmal eine Abstimmung zu erzielen, welche das, was sie wünsche, zugleich als vom Volke für heilsam erkannt befunden werde. Diese Erwartung des Ministers wird gewiß auch rasch sich verwirklichen, da fast sämtliche Abgeordnete sich schon im Stillen darüber geeinigt haben, die gedachten Regierungsvorlagen en bloc anzunehmen.

Wroslon, 21. April. Wie das „Dyrm. W.-Bl.“ meldet, wird erwartet, daß der junge Fürst von Waldeck im künftigen Monat die Regierung antrete. Inzwischen entwickeln die Minister die außerordentlichste Thätigkeit, um die Geseze und Einrichtungen in's Leben zu führen, welche als Vorbereitungen für jenen Act zu betrachten sind. Unser Bataillon wird, wie das genannte Blatt ebenfalls mittheilt, wahrscheinlich nach Luxemburg marschiren.

Hessen-Kassel-Hassenflug, 23. April. Unser allerhöchstes Cabinet soll die Absicht haben, die Verurtheilung Hassenflugs durch die preussischen Gerichte gänzlich zu ignoriren. Die bekannte Berliner „Dante Voss“ berichtet, daß in dieser Angelegenheit ein Memorial an die auswärtigen Regierungen ergangen, in welchem das s. g. Verbrechen Hassenflugs nur als eine Verletzung der Form dargestellt und zugleich auf die vielen Verdienste hingewiesen wird, welche die kurhessische Regierung unter Mitwirkung Hassenflugs sich für Kurhessen und weiterhin für ganz Deutschland erworben hätte. Die Rückführungen der deutschen Regierungen wären größtentheils anerkennend gewesen, und Oesterreich habe diese Anerkennung alsbald durch Verleihung eines Ordens an Hassenflug bestätigt.

Homburg, 23. April. Landgraf Ferdinand zu Hessen-Homburg hat am Vorabend seines 70sten Geburtstages die von ihm unter dem 3. Januar 1850 publicirte vereinbarte landständische Verfassung des Landgrafenbiums wieder aufgehoben, laut Erlaß im heutigen Regierungsblatt Nr. 5. Zugleich eripart sich der Landgraf eine fernere Detronirung, indem er erklärt, daß eine allgemeine Landesvertretung nicht mehr stattfinden, dagegen den Bezirksräthen einige erweiterte Rechte eingeräumt werden sollen.

Wiesbaden, 22. April. Man macht in dem weiteren Vaterlande gerade nicht viel Aufsehens von der Thätigkeit der hessischen Kammer, indessen thun dieselben eben so gut ihre Schuldigkeit, wie andere repräsentirte oder durch Detronirung regenerirte Versammlungen der Art. Sie arbeiten eifrig an dem Neubau aus altem Material nach allen den Richtungen hin, welche jetzt in Deutschland zum Heile führen sollen. Indessen werden auch wohl eigenthümliche Wege eingeschlagen. Dahin rechnen wir den Antrag auf Errichtung von Staatsmagazinen für Saafrüchte und Seeskattefeldt zur Verabfolgung an die Kermeren. Dieser communistische Antrag wurde von der zweiten Kammer zur Inbetrachtung angenommen, nachdem der Regierungscommissar erklärt hatte, daß die Regierung mit dem Sammeln des nöthigen Materials für den Gegenstand schon beschäftigt sei. In der ersten Kammer wurde gestern der Antrag gestellt, die Regierung zu ersuchen, daß sie die Erhaltung und Erweiterung des Zollvereins zu vermitteln und den Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich behufs einer spätern Zoll- und Handelseinigung herbeizuführen streben möge. Die „Nass. Allg. Ztg.“ theilt durch ein Extrablatt die heut erfolgte Verbindung der Herzogin von einem Erbprinzen mit.

Frankfurt, 24. April. Es melden sich jetzt mehre Reclamanten, welche im Jahre 1848 und 1849 freiwillige Weiräge für die jetzt vom Bundestag besiegte deutsche Flotte

gegeben haben. Diese Beiträge sollen sich, die Sammlungen nicht mitgerechnet, auf 200,000 Gulden belaufen. Da von Allen, was man Deutschland nennen könnte, Nichts übrig geblieben ist als der Bundestag, so wollen die Leute begreiflicherweise ihr Geld wieder zurück haben.

Die R. Ztg. schreibt aus Frankfurt: der ehemalige obdenburgische Staatsrath Fischer, ein eifriger Verteidiger des Hrn. Hassenflug und Freund des Hrn. v. Linde, ist von jeher, wie ein entragirter Gegner des deutschen Parlaments, so ein Verpöchter der deutschen Flotte gewesen. Man hat den rechten Todtengräber gewählt, um ein Lieblingskind des deutschen Volks zu begraben.

Staatsrath Fischer ist erst gestern vom Bundestag definitiv zum Bundescommissar für die Abwicklung der deutschen Flottenangelegenheit ernannt worden und hat sich dieser Mission bereits unterzogen.

Nach der N. Pr. Ztg. hat die Bundesversammlung beschlossen, diejenigen Beamten, Angestellten u. d. d. deutschen Flotte, welche kein Patent besitzen, mit Auszahlung eines vierteljährlichen Gehalts, vom 1. Mai d. J. anfangend, zu entlassen. Dies dürfte sich etwa auf 700 Personen beziehen.

Wie jetzt von mehren Seiten berichtet wird, haben die Beratungen der Pressfachmänner in Frankfurt zu keinem Resultat geführt und die Commission wird sich wahrscheinlich bereits in der nächsten Zeit auflösen, ohne das seiner Zeit fast aber so viel besprochene als wenig ersehnte Bundespreßgesetz zu Stande gebracht zu haben.

Die Nachricht, daß die französische Regierung durch Agenten Erkundigungen nach noch lebenden deutschen Soldaten des Kaiserreichs einziehen lasse, um denselben Remunerationen zu Theil werden zu lassen, und daß zu diesem Zweck Anmeldeungslisten bei den französischen Gesandtschaften offen lägen, hat gerechtes Aufsehen erregt. Allein sie wird sich doch wohl als eine irrthümliche herausstellen. Der hiesige französische Gesandte, Marquis de Tallenay, hat jene Nachricht, welche gerade von hier ausging, völlig in Abrede gestellt, und dabei erklärt, daß für sein Gouvernement gar kein Grund zu einer solchen Maßregel vorliege.

Baden, 26. April. Auf die Prophezeiung der Fr. Postztg., die den entscheidenden Moment des Todes unsers Großherzogs erst in zwei bis drei Monaten verkündigte, ist nichts zu geben; unser Großherzog ist schon vorgestern Abend um 6 Uhr dreißig Minuten mit Tode abgegangen. Wir sind indeß der Verwaisung sicher gestellt. Prinz Friedrich hat bereits für seinen geistes- und leibestranken Bruder, den nunmehrigen Großherzog Ludwig, die Äußer der Regierung ergriffen, die er, einem gestern erschienenen Patent zufolge, so lange führen wird, „bis es der Gnade des Allmächtigen gefällig, seinen innigstgeliebten Herrn Bruder von seinem schweren Leiden wieder zu befreien.“ Der Erbprinzeß, welchen die hiesige Gar-nison heute Morgen um 9 Uhr leistete, lautete auf den Prinzen Friedrich.

Dänemark. **Kopenhagen,** 22. April. Unterm 17. d. M. hat der König auf die vom Kriegsminister Sacum geförschene Vorstellung approbirt: der frühere Land- und Seekriegscom-

missar im ersten District, Major S. v. von Stemann, wird von der Liste der Kon. Beamten gestrichen und verliert die ihm nach Art und Weise beigelegte Pension. Der Capitänlieut. J. D. Donner (der einzige Marineofficier der zu den Schleswig-Holsteinern übertrat, jetzt Capitän zur See in preuss. Diensten) ist zufolge königl. Resolution von der Amnestie ausgeschlossen.

Oesterreich.

Wien, 23. April. Das Resultat der nun geschlossenen Zollconferenzen reducirt sich, Alles in Allem gerechnet, auf Null. Die Acten der 66 oder 68 Sitzungen geben schätzbares Material für — Industrielle. Unter andern enthält das Schlussprotocoll der Wiener Conferenz auch folgendes auf Oldenburg Bezügliche: „Die obdenburgische Regierung anerkennt das „heilbringende Verfahren“, welches die oesterreichische Regierung mit der Berufung der Conferenz eingeschlagen hat. Konnte aber wegen des Beitritts zum Septembervertrage nur in beschränkter Weise an den Verhandlungen Theil nehmen.“ Dann heisst es: „Die dadurch begründeten vertragsmäßigen Verhältnisse müssen die großherzogliche Staatsregierung nur noch mehr verpflichten, in zoll- und handelspolitischen Fragen sich so viel als möglich ihren engeren Verbündeten Preußen und Hannover anzuschließen.“ Unsere aristokratische Hofpartei glaubt den „Emporkömmling“ Dr. Bach, den Mann der Einheitspolitik, trotz des Kaisers Neigung zu ihm, bald zu stürzen und hofft dabei auf Mitwirkung von Berlin an, wenn schon man sich nicht verheißt, daß der Kaiser kein Freund Preußens ist. Von Görgey erscheinen bei Brockhaus in Leipzig „Denkwürdigkeiten“ aus den Jahren 1848 und 1849 — sicher noch ein geringerer Verrath, denn von diesem Menschen Wahrheit zu erwarten, wäre Tollheit. Brockhaus wird das Manuscript Görgeys nicht allein honorirt haben.

Der Börsenbericht in der offiziellen Wiener Ztg. beginnt heute mit den Worten: „Der knappe Geldmarkt“ und der Leitartikel des ministeriell inspirirten Lloyd widersteht dem mit den Worten: „Obgleich mit Geld in diesem Augenblicke nicht knapp ist.“ Wir glauben, daß zur Erklärung dieses Zwiepalts Graf Ferdinand nicht angerufen zu werden braucht. Die bisher berufenen Statthalter aller Kronländer sind vollumfänglich, die letzte Hand an die definitive Gestaltung Oesterreichs zu legen. Das Organisations-Caborat soll vollender vorliegen und der Reichsrathspräsident, Febr. v. Rübeck, das Präsidium der Conferenzen führen, an welchen auch die Statthalter theilnehmen.

Eine Mehrzahl der Officiere von der ehemaligen deutschen Flotte hat um Dienste in der oesterreichischen Marine angefücht.

Frankreich.

Paris, 24. April. Ein Ereigniß! Das Untertribunal der Seine hat sich in dem Proceß der Familie Orleans gegen den Präsidenten für competent erklärt. Der Eindruck dieser Nachricht auf die Pariser ist gewaltig. Die Verhandlungen zogen sich gestern bis zum Abend hin, um 7 Uhr erst erließ das Gericht seinen Spruch. Wie ein Längfeuer gieng die Kunde durch die politischen Kreise und Abends

in der Oper, wo der heilige Jude zum ersten mal aufgeführt wurde, theilte das große Publikum die Aufmerksamkeit des Publikums. Der Präsident des Tribunals Herr v. Wellesie empfang Glückwünsche von allen Seiten, der Seine-präsident Berger selbst brachte dem Prinzen die Nachricht mit den Worten in die Loge: „Monseigneur, wir haben unsern Proceß verloren.“ Ludwig Napoleon streich mit der Hand über seinen Schnurbart, antwortete nichts und

fragte nur nach dem Namen des Präsidenten des Gerichts, von dem man mit Unrecht geglaubt hatte, daß die Aussicht auf baldige Beförderung ihn dem Hofe sehr geneigt machen würde. Tröstend bemerkte ein intimer Freund des Prinzen: „Uns bleibt der Staatsrath.“ Das ist nun die Frage. Bekanntlich steht die Sache so, daß die Advocaten Paillet und Berryer im Namen der Prinzen von Orleans den Schutz der Gerichte gegen das Decret vom 24. Januar in dem Augenblick an-

gerufen haben, wo mit der Beschlagnahme der Güter Nonceaur und Reilly die Ausführung des Decrets begann. 25. April Ueber den Warschauer Almanach, der Heinrich V. als König von Frankreich aufführt und des Prinz-Präsidenten mit keinem Wort gedenkt, ist man jetzt beunruhigt. In diesen Kalender werden nur erbliche Fürstenthümer aufgenommen, weshalb auch der Präsident der Ver. Staaten nicht darin figurirt.

Oldenburg und die Zollvereinsconferenz.

Während Oldenburg erwartungsvoll den Verhandlungen seines Landtages über die Zollanschlussfrage noch entgegensteht, hat inzwischen die Eröffnung der Zollvereinsconferenz in Berlin Statt gefunden.

Nicht ohne eine gewisse Verwunderung haben wir unter den zu derselben versammelten Bevollmächtigten auch den Namen eines Oldenburgischen Vertreters nennen hören. Oldenburg ist auf der Zollvereins-Conferenz vertreten und doch fehlt dem Anschlusse an den Zollverein noch die ratificirende Genehmigung des Landtages.

Wir können uns dies nicht anders erklären, als durch die Annahme, daß unsere Regierung diese Genehmigung schon im Voraus als eine ausgemachte Sache ansieht und aus solcher subjectiven Ueberzeugung ein Recht hernimmt, die Folgen derselben zu anticipiren.

Und doch, wenn irgend Etwas davor warnen kann, uns dem Zollvereine mit gebundenen Händen zu überliefern, so ist es eben diese Eröffnung der Berliner Conferenzen, Conferenzen, welche nichts zu hoffen, aber Alles zu fürchten geben.

Oldenburg soll sich dem Zollvereine anschließen, und bereits die ersten Begrüßungsreden dieser Conferenzen liefern den Beweis, daß die ganze Zukunft desselben in Frage gestellt ist. So kann schon von vornherein Niemand mehr sagen, ob die Vereinigung deutscher Staaten, welche heute Zollverein heißt, am 1. Jan. 1854 noch dieselbe sein und ob nicht, wo jetzt die Nise und die Baierschen Alpen die Grenzen bilden, zu jenem Termine die Linie des Main als trennende Scheidewand mitten hindurch gehen wird! Viel ist geredet und geschrieben worden von der nationalen Bedeutung des Zollvereins, von seiner Mission, die Einheit des Vaterlandes zuerst auf dem Boden des materiellen Interesses anzubahnen, um sie von da später auf andere Gebiete hinüberzuführen; aber siehe da, statt dieser einenden nationalen Mission begehen wir auf der Berliner Conferenzen nur dem Gegentheil, dem Kampfe trennender Gegensätze, die das zollvereinsländische Leben völlig auseinander zu reißen drohen! Wir schließen uns heute dem Zollverein an in der Ueberzeugung, der größeren Einigung des Vaterlandes einen opfervollen Dienst zu leisten und wer bürgt uns dafür, daß wir nicht vielleicht schon morgen die traurige Erfahrung machen müssen, daß dieser Dienst nur einer tiefer denn je greifenden Entzweiung geleistet ist? Wir schließen uns dem Zollverein an, weil wir von einem mächtigen Binnenmarkt, einem weiten Hinterlande von dreißig und mehr Millionen Käufern träumen und schon morgen werden wir vielleicht aus diesem Traume wachgerüttelt, um uns der nackten Wirklichkeit zu vergewissern, daß schon an der furbsischen Grenze die Welt uns mit Brettern vernagelt ist.

Oder aber wer vermag andererseits Garantie dafür zu übernehmen, daß das Ende der Berliner Zollvereins-Conferenz nicht etwa gar der bereits vollständige Sieg der Wiener Pläne, die Einverleibung des Zollvereins in das österreichische Marktsystem, die Coordinirung wenn nicht Subordinirung des deutschen Volkswirtschaftsinteresses unter das slavisch-croatisch-magyarische ist? Wir erreichen dann, freilich durch den Anschluß an den Zollverein ein noch größeres Hinterland, einen noch weiter ausgedehnten Binnenmarkt, aber um welchen Preis? Um den Preis der Paralytirung aller Nationalität und zugleich eines Zollsystems, welches, wenn das Preussische eine härteste Verkümmrung unseres Erwerbslebens, das einfache und unwiederrufliche Todesurtheil über dasselbe ist.

Und endlich, wir sehen den günstigsten Fall, Preußen erreicht auf der gegenwärtigen Conferenzen für den Augenblick das was es will, und führt den Fortbestand des Zollvereins in seiner gegenwärtigen Ausdehnung und auf weitere zwölf Jahre; was dann? Nach dem Austritten der süddeutschen Regierungen, wie es in Bamberg und Darmstadt verabredet worden, ist nichts weniger gewiß, als die Möglichkeit, dadurch den Zollverein nachhaltig gegen den Anheimsfall

an Oesterreich zu schützen. Alle seine Beschlussfassungen sind, wie man weiß, an die Einstimmigkeit aller seiner Glieder gebunden und jedes dieser hat es in seiner Macht, durch sein liberum veto jede Abänderung seiner Gesetze und Einrichtungen zu hinterreiben. So lange der Zollverein nun vom einigen Princip getragen wurde und alle Mitglieder gleiche und gleichmäßige Interessen durch ihn verfolgten, mochte die darin liegende Gefahr eine verschwindende sein. Seitdem jedoch jene anfängliche Einigkeit schon längst dem gebäffigten Zwiespalte zwischen dem Norden und dem Süden gewichen, ist diese Gefahr eine desto größere geworden. So braucht ein Baiern, oder ein Württemberg oder ein Kurhessen oder wie sonst die Allirten Oesterreichs im Zollverein heißen, jetzt nur consequent darauf zu bestehen, und sein Veto so zu benutzen, daß die gegenwärtigen Zollsätze des Zollvereins unverändert erhalten bleiben. Der Tarif dieses wird dadurch den steigenden Fortschritten der industriellen Technik und dem daraus resultirenden Sinken aller Waarenpreise gegenüber ganz von selbst ein immer mehr schutzzöllnerischer, ja geradezu prohibirender und damit sehr bald ein solcher, daß der von Oesterreich gebotene dann vielleicht sogar als ein liberalerer erscheint und mit Recht als ein Fortschritt begrüßt wird! Und was kann und wird dann noch die österreichische Zolleinigung abwehren?!

Mit einem Worte, unter welchem Gesichtspunkte man auch die nächste und weitere Zukunft des Zollvereins betrachten möge, sie ist, so oder so, in jeder Hinsicht eine den ernstesten Besürdungen Raum gebende und ungewissene und schon die einfachen Regeln gewöhnlicher Lebensklugheit, meinen wir, müssen uns sagen, wie unverantwortlich es wäre, das Geschick unseres Landes unter solchen Voraussetzungen an das jenes zu knüpfen.

Die eventuelle Stellung Oldenburgs zu den süddeutschen Staaten im Zollverein.

Seit Eröffnung der Zollvereinsconferenz in Berlin und seitdem der bairische Bevollmächtigte in sehr unumwundener Weise die Intentionen der süddeutschen Regierungen an den Tag gelegt hat, sind die Ansichten, welche sich Oldenburg im Falle des Anschlusses im Zollverein eröffnere, zu einer Klarheit gediehen, die nichts zu wünschen übrig läßt.

Oldenburg hat nicht nur keine Willigung der jetzigen erorbitanten Zölle des Zollvereins zu erwarten; es ist vielmehr nur zu gewiß, daß der Süden Alles an eine noch weitere Erhöhung derselben setzen wird.

Und Oldenburg wird für diese Eventualität nicht einmal in der Lage sein, solchen Gelüsten einen wirksamen Widerstand entgegenzustellen.

Allerdings ist man großmüthig genug gewesen, uns eine s. g. Drittstimme im Zollvereine einzuräumen. Auch wir werden demnach ebenso wie in Baiern, in Württemberg, in Baden u. s. w. unser Veto haben und es könnte also wohl scheinen, als sei uns dadurch hinreichende Macht gegeben, wenn freilich auch keine Verbesserung der gegenwärtigen zollvereinsländischen Gesetzgebung herbeizuführen, so doch wenigstens eine noch ärgere Verschlechterung zu verhindern. Man sehe sich jedoch vor, auf solchen Schein viel zu geben. Denn in Wahrheit ist das uns eingeräumte Einspruchsrecht ganz eigentlich nur ein papiernes, das wohl zu allem Andern, nur nicht dazu gut ist, um von ihm Gebrauch zu machen. Da es ist dafür geforgt, uns schon vor jeder Versuchung zu wahren, die wir etwa verspüren könnten, unser Veto uns nutzbar machen zu wollen.

Wie nämlich die auch bei uns wohl hinlänglich bekannt gewordene Brochüre: „Der Septembervertrag und die gegenwärtige Situation in Hannover“, enthüllt hat, erstirt zum Septembervertrage ein Geheimartikel, in welchem nichts Geringeres stipulirt ist, als daß das Hannover und Oldenburg, von Preußen, bewilligte Zoll-

präcipuum im Falle, daß durch den Austritt einzelner bisheriger Glieder des Zollvereins die Bevölkerung desselben um vier Millionen Köpfe sich vermindern sollte, von 1/4 Kopfquoten des zollvereinsländischen Einkommens auf 6 Sgr. pr. Cour. per Kopf herabgesetzt werden soll. Statt ca. 17 Sgr. Präcipuum aber nur 6 Sgr. per Kopf zu erhalten, macht wahrhaftig einen sehr empfindlichen Unterschied und würde unsere Finanzen um so schmerzlicher berühren, als sie dabei nicht einmal ihr jetziges Einkommen aus den Steuervereinszöllen wieder erhalten dürften. Dank jenes Geheimartikels, steht sonach für Oldenburg ein allgrößtes Interesse auf dem Spiel und muß ihm die dringendste Veranlassung bieten, soviel an ihm liegt, Alles zu thun, damit ein Austritt aus dem Zollverein verhindert werde; und man begreift, was dies unter den obwaltenden Umständen, den Forderungen des Südens gegenüber, besagen will. Die süddeutschen Regierungen wissen vollkommen, was die Glocke geschlagen hat und sind sich keinen Augenblick über die Bedeutung ihres Verbleibens für die Staaten des September-Vertrages unklar. Was Wunder daher und wer kann es ihnen von ihrem Standpunkte aus auch nur verdenken, wenn sie daraus die Befugniß hernehmen, die Bedingungen dieses ihres Verbleibens vorzuschreiben. Entweder man bewilligt uns, daß der Zollverein keine Wahl. Einmal dem Zollvereine beigetreten und dem Schutzzolle überhaupt Preis gegeben, wird es so lange jeder weiteren Erhöhung dieses sich fügen müssen, als dadurch nicht der gesammte Mehrerwerb, welcher ihm das Verbleiben des Südens beim Zollvereine durch Sicherung seines alten Präcipuums bietet, etwa wieder aufgewogen wird.

Und schnell war ihre Spur verloren — Man sah und hörte sie nicht mehr! So eben geht uns die sehr interessante und wichtige Nachricht zu, daß zwei hoffnungsvolle Zöglinge der hiesigen weltberühmten dramatischen Kunstakademie, die Herren Hofkapellmeister Baumhüter und Bierndt, so wie auch der Herr Hofmusikus Stöckel in der Nacht vom 26. auf den 27. April in aller Stille von hier abgereist sind. Es könnte dem Publikum sonst wohl ganz gleichgültig sein, ob solche Leute ankommen oder abreisen; allein bei diesem liebenswürdigen Kleeblatt soll es manchem im Publikum ganz und gar nicht gleichgültig sein. Die Herren sollen es verstanden haben, sich bei Schuler und Schneider und Bierwirthen u. so beliebt zu machen, daß sie über ein so plötzliches Verschwinden ihrer Lieblinge sich nicht zu trösten wissen. Diese treue Anhänglichkeit ist gewiß sehr rührend und hätte wohl verdient, durch ähnliche Gefühle erwidert zu werden. Doch ist es sehr wahrscheinlich, daß den genannten Herren Zöglingen der hiesigen dramatischen Kunstakademie zu viel Zartgefühl innegehört hat, als daß sie sich hätten einschließen können, ihren so sehr sich für sie interessirenden Gönnern durch eine Abschiedsscene das Herz oder — was auf eins hinaus läuft — die Tasche schwer zu machen, und haben es nun vorgezogen, so schwer es ihnen auch selber geworden sein mag — sans adieu davon zu gehen oder zu fahren. Den schönen poetischen Nachruf an das liebenswürdige Kleeblatt, der uns mit dieser Nachricht zum Abdruck in den Beobachter zugesandt ist, können wir wegen Mangel an Raum in der heutigen Nummer unsern Lesern nicht zum besten geben, wir legen ihn für eine der nächsten Nummern zurück.

Der Beobachter.
Redacteur: Wilhelm Calvert.

Anzeigen.

Weser- u. Hunte-Dampfschiffahrt.



Die Schiffe der Gesellschaft fahren:

	April:					Mai:					
	Donnerst.	Freitag	Sonnab.	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittw.	Donnerst.	Freitag	Sonnab.	
Von Oldenburg u. Bremen u. Bremerhaven	29.	30.	1.	2.	3.	4.	5 1/2 M.	5 1/2 M.	5 1/2 M.	5 1/2 M.	
" Bremen nach Oldenburg	6 1/2 M.	8 M.	2 M.	2 M.	2 M.	2 M.					
" Bremerhaven nach Oldenburg	5 1/2 M.	5 1/2 M.	1 1/2 M.	1 1/2 M.	1 1/2 M.	1 1/2 M.					
" Bremen nach Bremerhaven	täglich 6 Uhr Morgens und 2 Uhr Nachmittags.										
" Bremerhaven nach Bremen	" 5 1/2 " " 1 1/2 "										

C. Koeniger.



- A. Können Sie mir sagen, was ein Bonvivant heißt?
- B. Bonvivant heißt ein Sautier!
- A. Da bin ich ja noch ebenso klug wie vorher.
- B. Dann kann ich Ihnen nicht helfen, laufen Sie sich

Dr. Adelung's

Caschen-Fremdwörterbuch,
enthaltend
über 4000 aus fremden Sprachen entlehnte Wörter und Redensarten, welche in öffentlichen Zeitungen, im Handel und Wandel, bei gerichtlichen Verhandlungen u. s. w. häufig vorkommen.
Nebst Angabe ihrer richtigen Aussprache.
Ein unentbehrliches Hand- und Nachschlagebuch für Jedermann.
Preis 9 Grot.

Vorwärts und zu haben bei **Friedr. Voigt** in Oldenburg.

Holz-Tabellen.
Anweisung
wie man in runden, unbehauenen Hölzern (Baumstämmen) den Cubit-Inhalt nach Fuß, Zoll und Linien finden kann.
Oldenburg. Preis 12 gr. G. Klesser.



Omnibus-Fahrt.

Abfahrt täglich von Oldenburg:
Nach Leer, Aurich, Emden und Holland: Abends 9 Uhr.
Nach Beckta, Damme, Cloppenburg, Quakenbrück, Dönabrück: Abends 9 Uhr.
Nach Barel und Jever: Morgens 7 1/2 Uhr, Mittags 12 1/2 Uhr, Nachmitt. 5 Uhr.
Nach Bremen: Morg. 6 und Nachm. 4 Uhr.
Von Bremen: Morgens 10 Uhr.
Abfahrt von den bekannten Gasthöfen:

Oldenburg. Allen Hausfrauen bei großer Wäsche zu empfehlen:
Wäsch- und Bleichzettel.
Verzeichniß
sämtlicher im Haushalt vorkommender Wäsche, dient als Beleg und Controle für Haus und Bleiche. Billig bei G. Klesser.

Oldenburger und Bremer Marktpreise.	Oldenburg pr. Scheffel.		Bremen.	
	Wint.	Somm.	Wint.	Somm.
Roden, Sande pr. Eßl.	59	64	95	100
Weizen, Defers	80	80	120	135
Gerste, nied. Winters	42-48	48	75	80
" Sommers	—	—	70	75
Oafer, Futter	28-30	30	47	50
Watz, Brem. abgete.	—	—	82	95
Wohl, amer. Weizen-100 R.	—	—	4	4 1/2
Bremer	—	—	4	4 1/4
Buchweizen pr. Scheffel	40-48	48	—	—
Kartoffeln	15	15	—	—
Bohnen, gr. u. mitt. pr. Eßl.	—	—	75	85
" kleine	—	—	80	85
Garten, d. Kanne	7	8	—	—
Erbsen, gelbe pr. Eßl.	—	—	100	105
" d. Kanne	5	5	—	—
Schinken, weißpr. 100 R.	—	—	11 1/2	13
" ar. pr. Eßl.	—	—	88	88
Schinken, das P.	9	9	—	—
Butter, Wutzabinger	14	14	13	15
Düffelsche	—	—	12 1/2	14 1/2
Speck, das P.	—	—	—	—
Fett, das P.	6	6	—	—

Wechsel- und Effecten-Course.
Bremen, 27. April.

	26. April.	27. April.
Hamburg	137 1/2	137 1/2
2 Mt.	136 1/4	136 1/4
Amsterdam	129 1/2	129 1/2
2 Mt.	128 1/2	128 1/2
London	622	622
2 Mt.	618	618
Bremer Staatspap.	41 1/2	41 1/2
3 1/2 %	92 1/2	92 1/2
Disconto der Discontocasse	4 1/2 %	4 1/2 %
Breus. Courant	110 1/4	110 1/4

Anzeigen für den Beobachter
sind frankirt an die Redaction einzusenden, können aber auch in der Buchdruckerei von Heinrich Klesser, Haarenstraße 44, abgegeben werden. Die Zeile oder deren Raum wird mit 1 Groten bezahlt.
Druck von Heinrich Klesser in Oldenburg.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal — Dienstags, Donnerstags und Sonnabends — in 1/2 Bogen groß Quart-Format. Der Vorausbezahlungspreis beträgt für das Quartal 48 Groten. — Auswärtige Bestellungen übernehmen alle Postexpeditionen; hierige die Reaction und die Buchdruckerei von D. Klesler, Haarenstraße 44. Anzeigen werden die Zeile oder deren Raum mit 1 Groten bezahlt.

IX. Jahrgang.

Sonnabend, den 1. Mai 1852.

N^o 50.

Deutschland.

Oldenburg. — Landtagsbericht. (33. Sitzung, April 27.) Zunächst wurde der neu eingetretene Abg. Kasten von Oberstein durch Handtslag verpflichtet, sodann begründete Wibel II. eine Interpellation betr. den Kielgroden. Der Regierungscommissair ver sprach die Antwort der Staatsregierung in einer der nächsten Sitzungen.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete der mündliche Bericht des Finanzanschlusses betr. eine schiedsrichterliche Entscheidung über die Ansprüche der Wittwenkasse auf Zuschüsse aus der Staatskasse. Aber o du gerechter Gott! Statt eines mündlichen Berichtes, der in kurzen Worten den schon auf frühern Landtagen verhandelten daher bekannten Gegenstand zusammenfaßte und anschaulich machte, erhielt der Landtag vom Abg. v. Finckh eine schriftliche Berichterstattung, eine langweilige ellenlange Historie, die alles Verhandelte noch einmal wiederkaute. Der Bericht enthielt den wohlverdienten fortlaufenden Beifall. Der Antrag des Ausschusses: „Entscheidung der Differenz der Staatsregierung und des Landtages durch das Oberappellationsgericht als Schiedsgericht“ wurde ohne Discussion angenommen.

Als dritter Gegenstand der Tagesordnung folgte die Revision des Staatsgrundgesetzes Abschn. IX: „Von den Landtagen.“ Die ziemlich lange und langweilige Debatte drehte sich um die alleinige Frage: Ob die Provinziallandtage beizubehalten oder aufzuheben? — Der Ausschuss hatte sich in seiner Mehrheit für die Aufhebung entschieden, und eine Minderheit, die Abgeordneten der Fürstenthümer, Noell und Wibel II. aus particulären Gründen dagegen. Sie brachten für die Beibehaltung wesentlich nichts vor als den Satz: Wir haben sie einmal, wir wollen sie behalten und versuchen, wie es damit geht. Die Aufhebung wurde in namentlicher Abstimmung gegen 8 Stimmen (Wardleben, Kasten, Ivens, Nieboer I., Noell, von Wedderkop, Wäsche, Wibel II.) beschlossen.

Wir billigen den Beschluß. Die Bestimmung unserer 4 Provinziallandtage mit der legislativen und entscheidenden Stimme ist eine Singularität, die sich sonst wohl nirgend findet. Wir glauben nicht, daß sich so viele Köpfe unter einem Hut hätten bringen lassen, daß die Staatsregierung mit all diesen Landtagen hätte zurecht kommen, den Knäuel von Geschäften und Arbeit, der aus diesen Provinziallandtagen erwachsen wäre, hätte überwältigen können. Wir glauben aber auch, und das ist die Hauptsache, daß die Aufhebung selbst den Provinzen, statt zum Nachtheile zum Vortheile gereichen

werde. Die verschiedenen Landtage mußten verschiedene Principien ausbilden, der engere Gesichtskreis, particuläre Interessen würden bestimmend geworden sein, wo doch nun die Gesetzgebung von höhern leitenden Ideen ausgehen wird. Die Mischung der Abgeordneten, die dadurch entstehende Wechselwirkung und Verbindung der Provinzen untereinander werden Veranlassung, daß das Gute des einen Landestheils auf den andern übertragen und verpflanzt wird. Selbst das rein Provinzielle wird eine reichere und vielseitigere Beurtheilung finden. Als Beispiel kann übrigens Preußen dienen, dessen Provinzen unter den verschiedenartigsten Verhältnissen nur Provinzialstände mit begutachtender Stimme haben.

An die Stelle der Provinziallandtage tritt in den Fürstenthümern ein Provinzialrath mit begutachtender Stimme über alle Verhältnisse und Bedürfnisse der Provinz. Der Ausschuss hat die Grundzüge des Institutes in 9 Paragraphen entworfen, die als Beilage dem Staatsgrundgesetz angefügt werden sollen. Sie wurden nach kurzer Discussion im Wesentlichen angenommen; der 5. § nach einer Veränderung vom Abg. v. Wedderkop, der § 7 nach einer andern von Becke beantragten Fassung.

Der Abg. v. Finckh wollte das Recht, das der Ausschuss dem Provinzialrath verleiht: „sich außerordentlich entweder aus eigener Entschliegung oder auf den Antrag von 2/3 seiner Mitglieder zu versammeln“ für die Fälle der Noth und dringender Gesetzesangelegenheiten beschränkt wissen. Er fürchtete Uebergriffe, Gefahr in unruhiger Zeit. Sollte der Provinzialrath wirklich so wild werden können, daß für die Provinzialregierungen das Bedürfnis entstände, ihn am Gängelbände oder an der Kette zu halten! — Der Abg. sprach wieder viel von Vertrauen, von der Willfährigkeit der Provinzialregierungen und daß sie den Wünschen entgegen kommen würden. Die Rede war nur ein Reflex jener abgedroschenen und verderblichen Politik, die sich um den einen Fundamentalsatz dreht: Unsere väterliche Regierung sorgt ja für uns; in ihre Hände legen wir vertrauensvoll unser Geschick. Kennt er die Regierungen so genau? Der Antrag wurde gegen 16 St. abgelehnt.

34. Sitzung, April 28.

Vor der Tagesordnung erklärt der Regierungscommissair, daß der Landtag bis zum 26. Mai verlängert werde.

Die Tagesordnung führt auf einen der wichtigsten Gegenstände, die Bestimmungen über das Wahlrecht, wie sie in den Art. 128 bis 133 des Staatsgrundgesetzes enthalten sind.

Der Regierungsentwurf will diese Artikel gestrichen haben, an ihre Stelle die Vertretung der Klassen, Stände und Interessen. Der Großherzog soll sogar einen Abgeordneten aus den Staatsministern ernennen. (Art. 109, 110.)

Der Ausschuss sucht sich, wie man zu sagen pflegt, aus der Affaire zu ziehen. Er will, wie es scheint, nicht in den lauern Apfel beißen und weist die Entscheidung dem künftigen zu vereinbarenden Wahlgesetze zu. Er erklärt sich mit der Streichung der Art. 128 — 132 des Staatsgrundgesetzes einverstanden und will, daß an ihre Stelle die nichtsagenden Bestimmungen treten:

„Der Landtag besteht aus Abgeordneten, welche durch Wahl ihrer Mitbürger berufen werden.“

Die Wahl der Abgeordneten geschieht durch die in dem Wahlgesetze bezeichneten Personen.

Die Abgeordneten können aus dem ganzen Großherzogthum gewählt werden.

Die Zahl derselben wird durch das Gesetz bestimmt.“

Der Bericht erklärt sich gegen ein vom Großherzog zum Abgeordneten zu ernennendes Mitglied des Staatsministeriums, hebt die Bedenken gegen die Vertretung der Interessen und Intelligenz hervor und bekämpft sodann auch von der andern Seite das allgemeine Wahlrecht, das er wunderlicher Weise, Kopfsahlensystem nennt, sich auf die Bundesversammlung berufend, deren Grundfabe diesem System entgegenstände; auf das Beispiel anderer Staaten, daß die Kopfsahlwahlen eine gehörige Vertretung des Volkes nicht sichern und zieht daraus den Schluß, daß die Bestimmungen über die Wahlen der Abgeordneten und über die Zusammensetzung des Landtages dem Wahlgesetze zu überlassen seien.

Daß die Wichtigkeit des Gegenstandes begriffen wurde, zeigte die Eile, mit welcher sich mehrere Redner ausnahmsweise sogleich zum Worte meldeten.

Paneraß und Lübber bewürfen die Bestimmungen des Regierungsentwurfes und eine Vertretung nach Ständen, Klassen und Interessen. Oldenburg sei ein ackerbaureibendes Land, ohne große Städte, die kleinen Städte größtentheils vom Landbau lebend, die Handwerker über die Städte hinaus für das Land arbeitend, hätten keine besondern Interessen. Auch die Intelligenz bedürfe keiner besondern Vertretung, am wenigsten die Staatsdienerschaft, welche unter dem Schutze der Staatsregierung genügend vertreten sei.

